

Informationen des Österreichischen Solidaritätskomitees
1070 Wien, Stiftgasse 8, Kontakt: oesolkom@gmx.at

REICHEN- UND VERMÖGENSSTEUER: JA! ARBEITENDE MENSCHEN SCHRÖPFEN: NEIN!

Österreich ist anders. So wollen uns das zumindest unsere Oberen weismachen. Bei uns wird jedenfalls posaunt, dass man trotz Krise gut aufgestellt sei (ÖVP-Finanzminister und Vizekanzler Pröll) und SPÖ-Bundeskanzler Faymann sieht keine Veranlassung die Reichen mehr zur Kasse zu bitten, weil das nicht im Koalitionsabkommen stehe.

Das Bankenhilfspaket stand aber auch nicht im Koalitionsabkommen, bemerken viele SPÖ-Wähler. Sie bemerken auch, dass der ehemalige ÖGB-Präsident und nunmehrige SPÖ-Sozialminister trotzdem wie Faymann sich aufs Koalitionsabkommen ausredet und von neuen Spielregeln erst in 5 Jahren (nächste Wahlen) redet, ja sogar die "bedarfsorientierte" Mindestsicherung weiter hinausschiebt, während für die Banken Milliarden bereit stehen. Sie bemerken auch, dass dazu nichts vom neuen ÖGB-Präsidenten Foglar kommt, der mitten in der Krise nichts anderes zu tun hat als gemeinsam mit der Industriellenvereinigung (IV) eine Initiative zur EU-Wahl "Unser Arbeitsplatz ist Europa" zu starten, in der die EU als Hilfe gegen die Krise statt als dessen Mitverursacher propagiert werden soll und daher den Hauptteil der Kosten von 130.000 Euro von der IV bezahlt werden. Hier trägt der ÖGB wieder Unternehmerpropaganda in den Betrieb.

REICHENSTEUER

Von der ÖVP ist kaum eine freiwillige Zustimmung zur Vermögensbesteuerung zu erwarten. Gegen eine Vermögensbesteuerung traten aber auch der frühere SPÖ-Kanzler Vranitzky und der frühere SPÖ-Finanzminister und nunmehrige Industrielle Androsch auf. Androsch unter anderem mit der Begründung, "dass man die wirklich Reichen kaum fassen könne" (Kronen

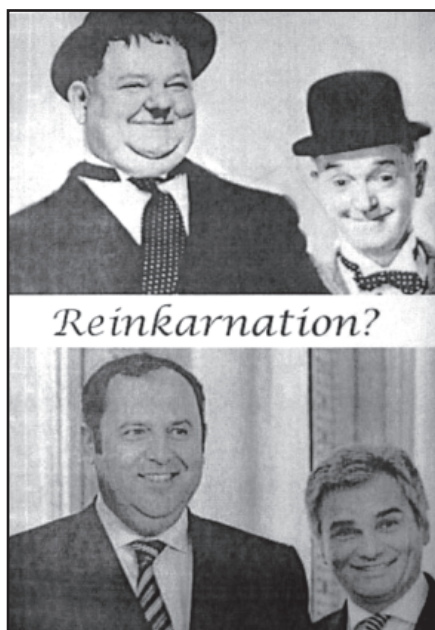
Zeitung, 11.4.09). Er muss es ja wissen. Wer hat die Schlupflöcher aufgemacht? Tja, wirklich: kaum fassbar!

Weil dieses Jahr AK-Wahlen sind, oder in der Steiermark nächstes Jahr Landtagswahlen stattfinden, müssen sich AK-Präsident Tumpel oder der steirische Landeshauptmann Voves in Worten für die arbeitenden Menschen stark machen und verlangen, genauso wie etwa der Vorsitzende der Privatangestellten-gewerkschaft (GPA-DJP) Katzian oder der Vorsitzende der SPÖ-Gewerkschafter (FSG) Haberzettl - völlig richtig und eigentlich das Mindeste - eine Vermögensbesteuerung.

Für AK-Präsident Tumpel "kann die Vermögenssteuer kein Tabuthema sein ... Die Gruppe, deren Vermögenswerte abgesichert werden, muss einen entsprechenden Beitrag leisten ... Im Moment zahlen die Lohn- und Mehrwertsteuerzahler den übergroßen Teil für diejenigen, deren Vermögen durch Banken- und Konjunkturpakete abgesichert werden. Die, die Vermögen haben, zahlen fast nichts. Das ist inakzeptabel und ein unhaltbarer Zustand." Auf europäischem Durchschnitt würde eine Vermögenssteuer in Österreich, die 1994 von SPÖ-Finanzminister Lacina abgeschafft wurde, Mehreinnahmen von mehr als fünf Milliarden Euro bringen. (Kurier, 10.4.09)

HÖCHST UNGLEICH

Das ist die Vermögens- und Einkommensverteilung in Österreich laut jüngstem Sozialbericht. So verdienen die 20 % der Arbeitnehmer mit dem höchsten Einkommen fast die Hälfte (46,7 %) der gesamten Bruttobezüge. Die 20 % mit dem niedrigstem Einkommen haben hingegen nur 2,2 % der gesamten Brutto-bezüge. Noch ungleicher ist die Vermögensverteilung: Demnach hat das reichste 1 % der Bevölkerung 27 % des gesamten Privatvermögens, die untersten 50 % hingegen nur 8 %! Das oberste Promille (0,1 %) besitzt über acht Prozent des gesamten Geldvermögens, und damit gleich viel



wie die gesamte untere Hälfte der Haushalte.

Während laut OECD in Großbritannien die Steuern auf Vermögen 12,4% an den Gesamtsteuern ausmachen, sind es in Österreich bloß ein Zehntel, nämlich 1,4%!

Deshalb fordert auch der steirische Landeshauptmann Voves eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer und rechnet vor, dass etwa eine Besteuerung des Handels mit Aktien und Derivaten mit nur einem Promille (0,1%) in Europa pro Tag zwei Milliarden Euro bringen würde. Und Voves befürchtet im Zusammenhang mit der einseitigen Krisenabwälzung, dass "Managergeiselnahmen erst der Anfang gewesen sein werden". (Kurier, 17.4.09).

GEISELHAFT

Vorerst aber werden Arbeitnehmer in Geiselhaft genommen und niemand hilft ihnen: "Es ist unglaublich, was die Geschäftsleitung der Fa. Hali Büromöbel in Eferding/OÖ sich derzeit mit ihren Beschäftigten erlaubt: Die ArbeiterInnen werden in Kleingruppen in ein Gebäude am Firmengelände beordert, dort stundenlang festgehalten und unter Ausspernung des Betriebsrates gezwungen, schriftlich auf Lohnbestandteile wie z.B. Treueprämien oder Zulagen zu verzichten. Eine solche Missachtung von ArbeitnehmerInnenrechten habe ich in meiner Laufbahn als Gewerkschafter noch nicht oft erlebt!", zeigte sich Stefan Meier, Landessekretär und Stv. Bundesvorsitzender der Gewerkschaft Bau-Holz, empört. (ÖGB-Homepage)

HALLEIN + FPÖ

Kein Wunder, dass die Herren Unternehmer so agieren, wird ihnen doch von der Politik kein

Widerstand entgegengesetzt, vielmehr probieren die Parteien wie z.B. im Falle der Papierfabrik Hallein, die Arbeiter an der Nase herumzuführen. So tönnten LH-Frau Burgstaller und Kanzler Faymann vor der Salzburg-Wahl, dass man alles tun werde, aber in die Firmenentscheidungen könne man nicht eingreifen. Ja wozu sind dann diese Damen und Herren noch gut? Das ist dann Wasser auf die Mühlen der Rechtsdemagogen a la Strache, die sich "heimatsozial" geben und wie jüngst für die Rettung der Banken wegen der Ostkredite forderten, die Bilanzierungsregeln einfach zu ändern und die Abschreibungen auf Jahre zu strecken: zum Nutzen der Banken, zum Schaden der Arbeitenden – so "sozial" ist die FPÖ.

SCHWER

Voves, der sich berechnete Sorgen um den sozialen Zusammenhalt macht, sagt im zitierten Kurier-Interview auch: "Marx ist verdammt schwer zu lesen". Vielleicht. Aber es würde sich lohnen. Er würde dort viele Erklärungen und Argumente finden, die zur Bewältigung der Krise hilfreich sind. (Siehe auch: [http://de.wikipedia.org/wiki/Mehrwert_\(Marxismus\)](http://de.wikipedia.org/wiki/Mehrwert_(Marxismus))). Der Mehrwert oder wie man heute sagt die Wertschöpfung bildet die Grundlage der Wirtschaft. Dass sie privat angeeignet wird, ist reine Willkür. Das hat schon der führende Sozialminister und GPA-Vorsitzende Alfred Dallinger erkannt und nach sozialdemokratischem Verständnis daraus eine Wertschöpfungsabgabe abgeleitet. Diese war den Herren Industrievertretern und ihrem damaligen Förderer, SPÖ-Banker- und Bundeskanzler Vranitzky (Bruno Kreisky sprach

vom Bankdirektorenflügel in der SPÖ) ein Dorn im Auge und wurde nicht umgesetzt. Sie hätte den österreichischen Arbeitern und Angestellten locker die Pensions- Gesundheits- und Bildungs"reformen" auf ihren Rücken ersparen können. Und somit eigentlich ein "Muss" für alle wirklich sozial denken und handeln wollenden Vertreter der arbeitenden Menschen aus SPÖ, AK oder Gewerkschaft.

WARUM DAS NICHT GESCHIEHT?

Solange das Privateigentum für heilig erklärt bleibt, egal was mit Arbeitern und Angestellten passiert, solange wird sich nichts ändern. Der Staat muss Betriebe in Interesse der Allgemeinheit übernehmen und die Politik muss im Staat die führende Rolle im Interesse der Arbeitenden spielen und entsprechende Gesetze erlassen. Das müssen auch ÖGB und AK fordern und gemeinsam mit ihren Mitglieder durchsetzen. Es muss eine Sozialpartnerschaft mit den Gewerkschaftsmitgliedern und arbeitenden Menschen und nicht mit den Kapitaleignern geben. Diese Partnerschaft mit den Kapitalisten hat die Gewerkschaftsführung korrumpiert, d.h. politisch-moralisch verdorben und blind gemacht für die Anliegen und wirksame Vertretung der arbeitenden Menschen. Wenn die Unternehmer und Reichen nicht einsichtig sind, dann ist es legitim ihnen wegzunehmen, weil sie in den letzten 65 Jahren nach dem Krieg die Arbeiter und Angestellten und die Bevölkerung Stück um Stück mit Hilfe der Politik enteignet, sich Volksvermögen angeeignet haben und dieses zudem jetzt – nochmals auf Kosten der Allgemeinheit – verspekulieren.

KRISENBEWÄLTIGUNG? FLUCHT NACH VORNE

100 Milliarden Euro sind für die Absicherung der Banken reserviert und immer mehr wird das Desaster bekannt, trotz aller Regierungs-Beschwichtigungen.

Der Kapitalismus pfeift (wieder einmal – wie schon zweimal in der Weltgeschichte – I. und II. Weltkrieg) auf dem letzten Loch und soll mit Hilfe von USA, EU, Währungsfonds, Weltbank, Zentralbanken, Nationalbanken, den nationalen Regierungen, den Wirtschafts- und Industrievertretern und nicht zuletzt

von den direkten Repräsentanten der Kapitalistenklasse, den Chefs, Bossen, Bonzen und Managern der großen Unternehmen und Konzerne aus dem Produktions-, Dienstleistungs- sowie Banken- und Versicherungsbe- reich "gerettet" werden. Wie? Durch neuerliche Profitsicherung auf Kosten der arbeitenden

Menschen, der Umwelt und der Ärmsten in der Dritten Welt. Durch einen (Wirtschafts)Krieg in Friedenszeiten (Klassenkampf) gegen die breitesten Bevölkerungsschichten, der die durch sie geschaffenen Werte enteignet: zuerst durch Entwertung von Arbeit (Lohnkürzung, unbezahlte Mehrarbeit, Arbeitslosigkeit),



dann von Geld (Inflation) und wenn das nichts mehr nützt, durch Unterdrückung (Überwachungsstaat, Diktatur, Faschismus) und letztlich durch die "Fortsetzung dieser Politik mit anderen Mitteln" (Clausewitz): mit einen echten Krieg!

BANKER BLEIBEN UNGESCHOREN

Während den arbeitenden Menschen Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit veordnet wird und jeder selbst schauen soll wo er samt Lohn- und Gehaltseinbußen bleiben kann und sein Auslangen findet, bleiben die Spitzen von Banken und Unternehmen weitestgehend ungeschoren: Flöttl geht spazieren, Meindl kauft sich mit der Kleinigkeit von 100 Millionen Euro frei. Sie bleiben nicht nur in Amt und Würden, dürfen weiter ihre Prämien oder Boni beziehen, ihre Gewinnmaximierungen machen. Ja noch mehr: jetzt sollen die, die diese Krise verschuldet haben, die Auswege zeigen. Das heißt, den Bock zum Gärtner zu machen. Und genauso schauen die "Rezepte" auch aus: selbst sich den Kopf mit Staatshilfe (also mit unseren Steuergeldern) aus der Schlinge ziehen lassen und von den arbeitenden Menschen Kurzarbeit, Nulllohnstunden, Aussetzung von Kollektivvertragserhöhungen, offen geforderter unbezahlter Mehrarbeit (z. B. bei den Lehrern) oder als "Solidaritätsoffer" getarnte Lohnkürzungen (wie von Magna angestrebt) usw. verlangen.

WEITER WIE GEHABT?

Dabei geht es trotz Krokodilstränen mancher Herren und Damen Spekulanten auch in der aktuellen Krise nicht um Begrenzung und Behebung derselben, sondern wird treu dem Gesetz des freien Marktes (= Kapitalismus) die Konkurrenz auf die Spitze getrieben, etwa zwischen den Nationen, Staatenbünden

und Wirtschaftsgebieten der Welt. Zum Beispiel zwischen den USA und der EU (und da wieder vor allem in Konkurrenz zwischen Frankreich, Großbritannien und Deutschland). Während die USA oder Großbritannien eher dem Gelddrucken als "Krisenbewältigungskonzept" anhängen und damit in einiger Zeit die Inflation (und damit die Entwertung und Enteignung der Volksvermögen betreiben) anheizen, bevorzugt die EU und da vor allem Deutschland ein Konzept der geringeren Geldmengen und damit der Stärkung des Euros gegenüber dem Dollar in der Hoffnung, den Euro so mittels der Krise zur neuen Welt-Leitwährung zu machen. China wiederum bevorzugt die Ausgabe von Sonderziehungsrechten (SZR) des Internationalen Währungsfonds (IWF), um aus der (Geld)Krise heraus zu kommen.

ODER NOCH SCHLIMMER?

Banken und Konzerne wiederum gehen nach dem Prinzip vor wie es ein Investmentbanker im Film "Let's make money" treffend auf den Punkt brachte: "Wenn Blut auf den Straßen ist, dann kaufe, kaufe, kaufe." Tatsächlich: Waren viele Unternehmen vor der Krise an der Börse weit überbewertet, sind sie heutzutage oft extrem unter ihrem Wert zu haben. Beispiele gefällig?

BEISPIEL MAGNA

Das will sich zum Beispiel bei uns gerade der Stronach-Konzern Magna zu Nutzen machen. Wie? Die Belegschaften sollen wegen der Krise, so heißt es, einen "Solidarbeitrag", sprich Lohnverzicht, leisten. In Wirklichkeit will Magna nur seine "Kriegskasse" noch mehr auffüllen, um z. B. in Osteuropa darnieder liegende oder insolvente Firmen der Branche billig aufzukaufen und so das Manga-Imperium direkt mit Arbeitergeldern ausbauen. So sollen die Magna-Beschäftigten mehrmals ausgenommen

werden: zuerst über Kurzarbeit, dann über Solidarbeitrag und letztlich durch Arbeitsplatzverlust, weil Magna im Osten billigere Arbeitsplätze aufbaut.

BEISPIEL OSTKREDITE

Oder: Was den einen, z.B. den österreichischen - pardon in Österreich sitzenden, mittlerweile oft in ausländischem Besitz stehenden - Banken in ihrer plumpen Profitgier in Osteuropa zuerst Spitzenrenditen einbrachte und jetzt zum Verhängnis werden könnte, darauf spekulieren Banken und Konzerne in den USA und vor allem in Deutschland: die Übernahme zu Billigpreisen. Daher rührt etwa die "Kritik" des US-Nobelpreisträgers Paul Krugman oder die Attacken des deutschen SPD-Chefs Franz Müntefering ("Früher hätte man dort Soldaten hingeschickt. Aber das geht heute nicht mehr.") oder des deutschen Finanzministers Steinbrück, (der den "aufgeregten Indianern mit der Kavallerie" beikommen will) anlässlich der jüngsten Diskussion um das Bankgeheimnis. Besonders widerlich - oder: bezeichnend? Deutsche Großmannssucht, vorgetragen von SP-Spitzen.

ABLENKUNG

Der Zweck? Ablenkung: zuerst stellte sich Staat, Politik, Parteien jeglicher Couleur in den Dienst des "freien Kapitalverkehrs", was Österreichs Kapitalisten und ihre politischen Vertreter (egal ob ÖVP, SPÖ, Grüne oder FPÖ/BZÖ) dazu veranlasste mit großzügigen Privatstiftungen bis zu 70 Milliarden Euro von deutschen Kapitalisten nach Österreich zu locken und daran zu verdienen bzw. damit im Osten auf Einkaufstour zu gehen und zu spekulieren. Jetzt, wo die Kapitalisten untereinander offener und aggressiver streitig werden, machen sich die "Arbeitnehmervertreter" nicht daran international die Kapitalisten zu bekämpfen oder zumindest via Finanzmarktkontrollen zur Kasse zu bitten, sondern hofft bei uns ein Faymann auf die EU und - wie im obigen Fall - kotzt SPD-Müntefering wahlkämpferisch nationalistische Töne von davon abzulenken, dass die deutschen Kapitalisten bisher ebenso ungeschoren blieben (und bleiben sollen) wie die österreichischen.

(Siehe dazu auch Beitrag zur "Reichensteuer")

BÖSER STAAT - GUTE KAPITALISTEN? GUTER STAAT - BÖSE KAPITALISTEN?

Seit die Krise voll ausgebrochen ist, tobt ein Streit nicht nur zwischen Nationalökonomern, Politikern oder zwischen der Politik und der Wirtschaft, wer denn die Krise verursacht hätte.

Die Industrie sagt, der Staat hätte versagt, weil er keine richtigen Rahmenbedingungen vorgegeben hätte. Verteidiger des Staates wiederum sagen, dass durch die Einflussnahme der Privaten auf den Staat (Erpressung) erst die Kapitalmarktfreiheiten zustande kamen. Tatsache ist, dass der Staat im Kapitalismus (auch im Sozialismus) kein losgelöstes Gebilde ist, sondern der herrschenden Klasse verpflichtet/verbunden ist – wie es Marx einmal formulierte – als idelle Gesamtkapitalist handelt: Er tut das, was dem Gesamtkapital womöglich das Überleben gegen die kapitalistische Einzelinteressen von großen Konzernen usw. sichert. Insofern gibt es dieses Zusammenspiel zwischen Wirtschaft und Staat und bekennen sich alle Parteien zur freien oder sozialen, jedenfalls zur Marktwirtschaft, was gleichbedeutend mit Kapitalismus ist. Dass der Kapitalismus nicht sozial ist, das sieht man nicht nur in den Ländern der Dritten Welt, sondern gerade jetzt auch bei uns in der Krise.

Und wie Staat und Kapitalisten ineinander greifen, um nicht zu sagen sich unter die Arme greifen, zeigen gerade die Hilfspakete, die angeblich gegen die Krise helfen sollen. Da wird vom Staat Geld zur Absicherung der Banken bereit gestellt. Damit der Staat dieses Geld aufbringen kann, muss er Geld am Kapitalmarkt aufnehmen (Anleihen), die wiederum von Kapitalisten gezeichnet werden, die offensichtlich trotz Krise noch so viel Geld haben das tun

zu können, und denen der Staat so gute Konditionen (Verzinsung) gibt, dass diese sich drauf einlassen. Was wiederum die Staatsverschuldung erhöht und wegen der sich der Staat dann bei den "kleinen Leuten" schadlos hält und halten wird, solange wir uns das gefallen lassen.

ABLENKUNGSMANÖVER

Letztlich ist das Ganze ein Ablenkungsmanöver mit verteilten Rollen bei dem absichtlich außer Acht bleiben soll, dass jedenfalls die Leidtragenden die arbeitenden Menschen sind, die alle Werte schaffen und schon überhaupt nichts für die Krise können. Ihnen hat man in der jetzigen Situation insofern die ebenso perfide Quadratur des Kreises zugeordnet, dass sie mit noch mehr Arbeit, die sowieso schon zu vielen Produkten am Markt noch vermehren sollen und mit weniger Gehalt oder Lohn mehr einkaufen sollen, damit das Profitwerkeln wieder ins Laufen kommt. Man sieht schon, das kann sich nicht ausgehen.

So lange nach dem Profitprinzip gearbeitet und erzeugt wird, wird sich nichts ändern. So lange Erträge, die durch das Zusammenwirken aller in Form von Wertschöpfung entstehen und mehr an Wert hervorbringen als alle in Form jedes einzelnen zum Leben und Erfüllen ihrer Bedürfnisse benötigen, durch private Aneignung nur zum Vorteil einiger Weniger, zu Profit, werden und nicht für die Allgemeinheit und ihre Bedürfnisse gespart oder investiert werden. So

lange dies nicht geändert wird, sind Krisen und Kriege als "Ausweg" und "Erneuerungen" des Kapitalismus vorprogrammiert.

Hier entlarvt sich auch das Gerede von der "Krise als Chance".

Freilich, das würde voraussetzen, dass die jetzigen Bosse und Manager endlich wirklich im Auftrag und im Dienst der Allgemeinheit oder wie das neomodisch heißt, in gesellschaftlicher Verantwortung arbeiten, oder in die Wüste oder zurück an den einfachen Arbeitsplatz geschickt werden. Der Staat muss und kann dazu die Rahmenbedingungen geben – weil er jener Mehrheit verpflichtet sein muss, die seine Institutionen ausmachen, tragen und wählen. Freiwillig werden das aber seine jetzigen Repräsentanten und die mächtigen Einflussnehmer aus der Wirtschaft nicht zulassen. Unternehmen müssen sich dzt. weder demokratisch legitimieren noch wählen sie das Parlament. Sie, bzw. ihre Lobbys, bestimmen großteils die dort beschlossenen Gesetze.

Es liegt allein an den arbeitenden Menschen sich ihrer Mehrheit und Macht bewusst zu werden und sie einzusetzen – mit oder ohne "ihrer" Partei-Führung, mit oder ohne "ihrer" Gewerkschaftsführung – dies zu tun: gemeinsam und gestützt auf die eigenen Kräfte und ihre Solidarität. Es gibt kein höheres Wesen und keinen Führer der uns das abnimmt. Solidarität ist unsere Stärke, Widerstand unsere Chance!

BOMA STATT SOMA

Die Krise geht um, die Menschen werden immer ärmer. Schon vor der jetzigen „Finanzkrise“ lebten ca. 1 Million ÖsterreicherInnen an der Armutsgrenze und allein im Jänner 2009 waren 360.000 ÖsterreicherInnen arbeitslos.

Seit einigen Jahren und in steigendem Ausmaß gibt es für diese Bevölkerungsgruppe so genannte „Sozialmärkte“ (SOMA), wo mit Ausweis verbilligt eingekauft werden kann und die Menschen froh sind, so leichter über Runden zu kommen. Ja, die unmenschliche Einkommensgrenze, bei der man als arm oder „nicht arm“ gilt, soll schon dazu geführt haben, dass sich so manche um die SOMA-Berechtigung gestritten haben sollen.

Diese Art der Almosengesellschaft ist verabscheuungswürdig, entsolidarisierend und die Men-

schen auseinander dividierend. Und vor allem in Wirklichkeit nicht nötig, ist doch für die Banken, die Versicherungen und für die Autoerzeuger usw. genug Geld vom Staat, also aus unser aller Steuern, da. Auch die Gehälter der Bosse und Bonzen werden nicht einmal angetastet. Off erhalten diese Damen und Herren „Stützen der Gesellschaft“ noch Boni und Prämien, obwohl sie den Karren zur Sicherung ihrer Profite in den Dreck gefahren haben. Da wäre es doch nur gerecht, statt den SOMA-Märkten lieber „BOMA“- , so genannte Bonzen- und Bosse-

Märkte zu errichten. Da können dann die erwähnten hochbezahlten Herrschaften Job- und Sozialsystemvernichter mit Ausweis und Zutrittscode gerne einkaufen gehen. Allerdings zu Preisen, die ihren ungerechtfertigten Einkommen entsprechen. Zum Beispiel 40 Euro für 1 Liter Milch oder 150 Euro per Liter für den Herren Erste-Bank-Chef, denn der verdient ja 4.000.000 Euro im Jahr, während ein „Normalsterblicher“ im Schnitt mit 20.000 Jahreseinkommen sein Auslangen finden muss, ja die meisten arbeitenden Menschen eben mit noch viel weniger.

100 MILLIARDEN EURO STEUERGELDER BEKOMMEN:

• **Banken und Versicherungen**, die sich auf unsere Kosten ver-spekuliert, aber zuvor goldene Nasen verdient haben

• **Banken und Versicherungen**, nicht um die Wirtschaft in Gang zu halten, sondern um ihre Ge-winne abzusichern

• **Top-Banker und -Versiche-rungsmanager**, die ihre gigan-tischen Gehälter und Prämien weiter kassieren, obwohl sie für die Krise verantwortlich sind

• **Autofirmen**, die eine „Ver-schrottungsprämie“ bekom-men, die weniger den Men-schen als den Erzeugern und Verkäufern ausländischer Autos dient

• gerade **Banker, Bosse und Bonzen**, die – solange die Pro-

fiten stimmten – immer nach „weniger Staat, mehr privat“ schrien

• **Industriekonzerne**, die mit Ar-beitsplatzabbau drohen, weil ihre Profite nach jahrelangen Gewinnexplosionen zurückge-hen – und sich so auf Kosten der Steuerzahler noch Lohnkos-ten ersparen wollen

• **Industriekapitäne**, die jetzt auch noch die Krise zum Vor-wand nehmen, um mit Kurzar-beit, Arbeitszeitflexibilisierung und Kündigungen Einkommen und Arbeitsplätze der Beschäf-tigten zu reduzieren, den Ar-beitsdruck zu erhöhen, das Ar-beitsrecht auszuhebeln oder Umweltauflagen zu unterlaufen

• **Energieversorger**, die trotz Gewinne die Krise zum Vorwand

nehmen, um die Energiepreise hoch zu halten

• die **Atomlobby**, die auch bei uns die Krise dazu nutzt, den Energienotstand an die Wand zu malen und AKW als Ausweg aus der Klimakatastrophe hin-zustellen

• die **Atombetreiber**, die trotz Atom-Nein der Österreiche-rInnen dafür verantwortlich sind, dass jährlich zig Millionen Euro via EU, EURATOM und EU-Banken aus unseren Steuergel-dern für AKW-Forschung und Atom-Ausbau verschwendet werden

• **Wirtschaft und Industrie**, da-mit sie trotz Neutralitätsgesetz Millionen Euro für EU-Armee und EU-Auslands-Kriegseinsätze verschleudern

GELD IST ALSO GENUG DA! DESHALB UNSERE STEUERGELDER SINNVOLLER EINSETZEN FÜR:

• **Lebens- und Existenzsicherung** der arbeitenden Menschen

• Entlastung von **Strom-, Heiz-, Miet- oder Lebensmittelkosten**

• **Lohn-, Gehalts- oder Pensi-onserhöhungen**

• Verbesserung der **Arbeitsbedin-gungen**, Verringerung von Arbeits-

stress und Berufskrankheiten

• Senkung der Steuerlast für **Klein- und Mittelverdiener**

• Absicherung und Verbesse-rung unserer **Gesundheitssys-tems**

• Absicherung und Verbesse-rung unserer **Pensionen**

• Absicherung und Verbesse-rung des **Bildungssystems**

• Ausbau von **erneuerbaren Energien**

• Abbau von **Öl- und Gasab-hängigkeit**

• effektiven **Umwelt-, Natur- und Klimaschutz**

NEIN ZU TEUERUNG, SOZIALABBAU UND AUFRÜSTUNG! JA ZU EINER MENSCHENGERECHTEN GESELLSCHAFT!

Dieses Flugblatt haben wir gemeinsam mit anderen Gruppen am 28. März 2009 bei der Demonstration „Wir zahlen nicht für eure Krise“ verteilt, an der 10.000 Menschen teilnahmen. Das Flugblatt kann bei uns zur Verbreitung bestellt werden.

“HEIM INS REICH”?

Das war für die deutsche Industrie immer das Credo für die Voest in Linz. Doch die Verstaatlichung hatte diesen Begehrlichkeiten lange Jahre einen dicken Strich durch die Rechnung gemacht.

Die Voest war immer profitabel. Trotzdem wurde sie im Zuge der Stahlkrise und des Intertrading-Skandals wie auch die anderen Stahlbetriebe in Österreich schlecht geredet und zum Defizit-Betrieb erklärt. Doch die „Verluste“ der Voest waren keine operativen, sondern die Gewinne der Banken, weil die Voest während der Stahlkrise keine Budgetmittel bekam wie ihre ausländischen



Konkurrenten, sondern bei priva-ten Banken Kredite aufnehmen musste. Das hatte Methode, die Voest sturmreif für eine Übernah-me zu bekommen. Da gab es dann den deutschen Voest-Chef Bogdandy, der schon Ende der

1980er Jahre davon sprach, dass die Voest nicht unbedingt in Linz bleiben müsse. Fast wortgleich hat der jetzige Voest-Chef Eder ein Jahr nach der Privatisierung 2004 gemeint, dass die Voest nicht mit Linz verheiratet sei. Und zuletzt hat Landeshauptmann-stellvertreter Erich Haider, nach dem Totalabsturz der Voest-Aktie

Fortsetzung auf Seite 6

Fortsetzung von Seite 5

(minus 80 % gegenüber dem Höchstwert), sogar davon gesprochen, dass die Linzer Voest der Übernahmekandidat Nr. 1 sei.

Wir nehmen an, dass OÖ-LH-Stv. Haider weiß, was er sagt. Schon im Zuge der 2003 erfolgten Vollprivatisierung wurde unter dem Codenamen "Minerva" der Ausverkauf an den deutschen Konzern Thyssen-Krupp versucht; mit Hilfe von Grasser und Magna. Beide Konzerne hatten damals Vertreter in der ÖIAG, die den Verkauf abwickelte. Der fand laut AK übrigens zu 400 Millionen unter dem realen Wert statt. (siehe Buch: "du voest mir") Während die Voestalpine nunmehr bereits mehrheitlich in ausländischer Hand ist hat sie seit der Privatisierung die Dividenzahlungen verfünffacht!

Die Großaktionäre Raiffeisen- und Oberbank lassen grüßen. Gleichzeitig wurde und wird kräftig rationalisiert, sprich Personal reduziert. Im Zuge der Krise wurden von den 44.000 Beschäftigten bereits 3.500 abgebaut, 13.700 sind in Kurzarbeit und jetzt sollen zudem ältere Beschäftigte in die Pension gedrängt werden. Von einem Abbau von bis zu 1.500 Leuten wird gemunkelt. Und gleichzeitig steht der hochmoderne Stahlkonzern jetzt an der Börse weit unterm Wert da und ist die Gefahr der Übernahme gegeben.

Und was tun oder hört man von den Belegschaftsvertretern, fragt uns ein Leserbriefschreiber und berichtet von 160 bis 170 freigestellten Betriebsräten, die sich nicht rühren. Warum? Weil sie mit der Geschäftsleitung pauschalierte Stunden ausgemacht haben, Autobahnvignetten bezahlt

bekommen oder Geburtstagsfeiern über Kostenstelle abrechnen dürfen? Warum wird nicht offen und vehement die Hilfe und das Eingreifen des Staates eingefordert wie es den Banken zuteil wurde. Haben die noch nichts von der Krise mitbekommen, sind die überhaupt bei den Leuten, nehmen sie den Beschäftigten die Angst und unterstützen sie diese, fragt der Einsender.

Faktum ist: Dass die Voest nicht schon längst kaputt gemacht ist, ist dem Widerstand der Belegschaft zu verdanken. Dass er von oben, den obersten Betriebsratskörperschaften, ÖGB-Spitze oder auch von LH-Stv. Haider zwar unterstützt aber z.B. bei der Vollprivatisierung eher zur Wahlkampfunterstützung genutzt wurde und wird, ist nicht ganz von der Hand zu weisen.

RECHTS ÜBERHOLEN VERBOTEN

Der rechte politische Rand in Österreich wird dicker und dicker, wie der Teigrand bei einer schlecht belegten Pizza. Das Zaudern und die menschenfeindliche Politik der Regierungen der letzten Jahre hat die Rechten stark gemacht.

Die Unzufriedenheit weiter Teile der Bevölkerung treibt diese ins rechte Lager. Die Propaganda der Rechten zerstört Solidarität und Gemeinwohl. Der Rechtsstaat soll nach deren Willen ein „rechter Staat“ werden, in dem politische Willkür herrscht. Der zerstörerische Terrorismus der „Dritten Lager“ unterminiert den gesunden Fortschritt und die notwendige Solidarität. Die Rechten stellen ihr Sache immer als „fortschrittlich“ und neu dar. Aber schon Bert Brecht beschrieb das Neue, das da daherkommt als das Alte in neuem Gewand. Das Alte, das die Welt in eine einzigartige Katastrophe gezerrt hat, kommt nun mit teilweise eingezogenen Krallen daher und schnurrt wie eine sanfte Katze mit süßer Stimme „Volks“-Parolen und Erlösung von den drängenden Problemen. Obwohl das Ende des Dritten Reiches schon über sechzig Jahre her ist, sind wie bei Pilzkulturen im Wald die Wurzeln der „Neuen“ noch immer in Verbindung mit dem „Alten“. Martin Graf ist da wie eine „Speerspitze“ in der letzten Zeit aufgetaucht und kann sich darauf berufen, gewählter Mandatar zu sein, bewegt sich aber im Dunstkreis der Naziideologie. Er könnte es nicht, würde er nicht auf einer „Erfolgswelle“ schwimmen und auch

durch andere Parteien im Parlament Unterstützung erfahren. SPÖ und ÖVP haben seiner Wahl zum Dritten Nationalratspräsidenten zugestimmt und sind, wie Gabi Burgstaller in Salzburg oder Erich Haider in OÖ bereit, die Rechten aus Machterhaltungsgründen „auf den Schild zu heben“. Die Schwarzen würden sowieso lieber mit den Rechten als mit den Linken regieren, sie haben es ja schon gemacht. Nicht aus Machtkalkül die Rechten einzu beziehen, sondern zu überlegen, wie der Zulauf zu den rechten Parteien durch sinnvolle Programme gestoppt werden kann, das ist die Frage. Aber dazu fehlen die richtigen Leute in den führenden Positionen aller Parteien mit der nötigen Fantasie. Nach dem Niedergang der Popularität Haiders konnten wir vorübergehend aufatmen. Aber wer gemeint hat, die rechte Gefahr sei nun für unser Land gebannt, der sieht sich einer verstärkten Aggressivität gegenüber, die etwa bei Kritik oder Anklage immer gleich von Justizverfolgung spricht und den Dreck am Stecken nicht eingestehen will. Oder: Die FPÖ fordert, zwar noch mit leiser Stimme, aber doch, die Aufhebung des Wiederbetätigungsparagrafen, also ein Vergessen des Entsetzens - ein

eindeutiges Signal in jene faschistische Richtung, die immerhin 50 Millionen Menschen getötet hat. Allenthalben regen sich die faschistischen Geister, wie jüngst bei der unrühmlichen Einreihung der Katholischen Kirche in diese Kreise durch den Holocaustleugner Williamson. Oder das vermehrte Auftreten des Phänomens der Wiederbetätigung, das in Österreich für das letzte Jahr festgestellt wurde. Bereitet sich hier eine Atmosphäre vor, die eine Machtübernahme ermöglicht? (hs, ggae)

P.S.

Zuletzt hat Graf den EU-Abg. Mölzer und einen rechten Prof. als Gastredner ins Parlament geladen oder fordert der Ring Freiheitlicher Wirtschaftstreibender (RFW) vom Parlament ein Notgesetz, das es Betrieben erlaubt, „eigenständig und ohne Einfluss der Sozialpartner und der Politik, einzig und allein im Einvernehmen mit allen im Betrieb Betroffenen, ... Überlebensstrategien zu treffen und umzusetzen“. D.h. Diktatur: der Nationalrat (Politik) soll sich selbst für unbefähigt erklären, die Gewerkschaften werden ausgeschaltet, nur der Unternehmer soll entscheiden dürfen. Sich "heimatsozial" geben, aber in Wirklichkeit die Unternehmerdiktatur verlangen, das ist der Kern der rechten Politik à la Strache, BZÖ & Co.

ISRAELS MASSAKER IN GAZA

Israel hat, wie bekannt, durch Bombardierung mit seiner Luftwaffe und seine Bodentruppen im Gazastreifen im Dezember 2008 bis Anfang Jänner 2009 ca. 1300 Palästinenser getötet, davon 80% Zivilisten, die meisten Frauen und Kinder, Kinder ca. 280! Weiters hat Israels Krieg ca. 5000 Verletzte verursacht, auch davon ca. 80% Zivilisten.



Israel, die 5. stärkste Militärmacht der Welt, überfällt mit Tanks und Düsenbomben eine ihr schutzlos ausgelieferte Bevölkerung und darf straflos 1300 Menschen massakrieren. Es war ein gezielter und von langer Hand geplanter Angriff gegen die Zivilbevölkerung von Gaza!

Seit drei Jahren, seit sich Israel aus dem Gazastreifen zurückgezogen hat, hat Israel diesen Landstrich völlig abgeriegelt und in das größte Freiluftgefängnis der Welt verwandelt und seinen Bewohnern die elementarsten Lebensgrundlagen entzogen!

Schon vor Kriegsbeginn funktionierten von den 3900 Industriebetrieben in Gaza, durch Zerstörung der israelischen Luftwaffe, nur mehr 29. 70 % der Anbauflächen konnten nicht mehr bewässert werden. Die Armutsrate laut UNO ist ca. 80%. Das führt zur Mangelernährung, insbesondere für Kinder. Israel verwendet u.a. die „Fast-Verhungern-Lassen“ Waffe. Es verwendet die Sperrung von Strom als Waffe, die Bewohner von Gaza sind bis zu 16 Stunden täglich ohne Elektrizität. Es verwendet die Sperrung von Trinkwasser als Waffe, 50% der 1 ½ Millionen Bewohner von Gaza erhalten 1 Mal die Woche für ein paar Stunden Wasser. 80% des Trinkwassers erfüllt nicht die Kriterien der WHO für genießbares Wasser.

Israel will durch seinen Staatsterror und Massaker die von der Mehrheit der Palästinenser demokratisch gewählte Hamas diskreditieren

Fortsetzung auf Seite 8

Wer ist das Österreichische Solidaritätskomitee?

1981 haben 10.000 Menschen aus der ganzen Region Judenburg in der Steiermark für die Erhaltung des Stahlstandortes demonstriert und so ihren Willen durchgesetzt. Zur Unterstützung der kämpfenden Arbeiter hat sich damals das "Österreichische Solidaritätskomitee" gegründet, weil der Widerstand gegen die Zusperrer und Sanierer im Interesse aller arbeitenden Menschen liegt und die Betroffenen nicht alleingelassen werden dürfen.

Wir sind ein Forum von Kolleginnen und Kollegen, die wieder mehr sozialistische Grundsätze und Denkweise in ihrer gewerkschaftlichen Arbeit für die Rechte der arbeitenden Menschen als ihre Richtschnur sehen.

Das "Österreichische Solidaritätskomitee" erhält sich ausschließlich von Mitgliedsbeiträgen und von den Spenden seiner Aktivisten, Abonnenten und Unterstützer.

Ich möchte die Zeitschrift

"Solidarität – unsere Chance" beziehen:

- Ich will eine Probenummer testen.
- Ich will ein Abo (4 – 5 Ausgaben pro Jahr) zum Preis von € 6,- (Solidaritätspreis € 12,-)
- Ich bin an weiterem Infomaterial interessiert.
- Ich bin an Treffen interessiert.

Name: _____

Adresse: _____

Telefon: _____

e-mail: _____

98/08

Einsenden an:
Österreichisches Solidaritätskomitee
Stiftgasse 8, 1070 Wien
oesolkom@gmx.at

Impressum:

Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion:
Österreichisches Solidaritätskomitee – Verein zur
Unterstützung der arbeitenden Menschen
Stiftgasse 8, 1070 Wien, ZVR 188951949

Erscheinungsort Wien, P.b.b.,
Verlagspostamt 1070 Wien,
"Sponsoring Post" GZ 02Z030772 S

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz:

Medieninhaber (Verleger) der periodischen Druckschrift „Solidarität unsere Chance“ ist zu 100 % das „Österreichisches Solidaritätskomitee – Verein zur Unterstützung der arbeitenden Menschen“, Stiftgasse 8, 1070 Wien.

Vorstand: W. Leisch, P. Düringer, H. Schmitz.

Die grundlegende Linie der periodischen Druckschrift ist die des obgenannten Vereins.

Fortsetzung von Seite 7

und die Bevölkerung zum Abrücken von der Hamas bringen.

Gleichzeitig hat Israel im Westjordanland, wo keine Raketen auf sein Territorium landen, keinen Tag mit seinen illegalen Tötungen, Landraub, Siedlerpogrome und Entführungen aufgehört und seit dem Annapolis-Gipfel der Bush-Regierung den Siedlungsbau noch beschleunigt und die Zahl der Checkpoints weiter erhöht. Denn darum geht es Israel in der Hauptseite. Es baute und baut seit 1967 verstärkt die Siedlungen im Westjordanland aus, annektiert das fruchtbare Land und ebenso die Wasservorräte. Expräsident Olmert erklärte z.B. 2006 in einer Sitzung des US-Kongress unter Applaus: „Ich glaube und glaube immer noch an das ewige und historische Recht unseres Volkes auf das gesamte Land! (Washington Post 24. Mai 2006). Das ist die Politik Israels seit 30 Jahren, soviel wie möglich Land annektieren, den Palästinenser ihre Existenzgrundlagen entziehen, sie in „Reservaten“ halten und versuchen sie letztlich loszuwerden. Dadurch soll die sog. 2 Staaten - Lösung, also die Schaffung eines Palästinenser - Staates so gut wie unmöglich werden.

Ohne militärische Beihilfe und Milliarden Dollar Unterstützung der USA könnte Israel dieses Verbrechen nie verüben, es könnte sich diese Besatzungs - Unterdrückungspolitik bzw. seine Besiedlungspolitik nicht leisten. Die alte und die neue US-Regierung unterstützt Israel, es dient den USA für ihre Eroberungspläne als Flugzeugträger in der Region. Ebenso bestärkte und bestärkt die wohlwollende Haltung der EU die israelische Politik, weiterhin Kriegsverbrechen zu begehen und mit Staatsterror gegenüber den Palästinensern nun schon 40 Jahre ein Volk zu unterdrücken bzw. schleichenden Genozid zu begehen. Das muss sich ändern, erheben wir unsere Stimme! (ggae)

SPENDENAUFRAF

Wir haben die letzten Male an viele neue Interessierte unsere Zeitung geschickt.

Bitte geben Sie uns bitte durch eine Spende, Abo-Zahlung, per Post oder E-Mail (Adresse siehe Seite 1) ein Zeichen, dass Sie die Zeitung weiter beziehen wollen.

Danke. Mit solidarischen Grüßen.
Österr. Solidaritätskomitee

P.S.K.

00079348267
W. Leisch

60000

P.S.K.

00079348267
W. Leisch

60000

EUR

ÖSTERREICHISCHES

SOLIDARITÄTSKOMITEE

SPENDE

ABO

E-Mail Adresse

004

00079348267+ 000600000>

004

40+